

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa,
Genuss! Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Graupa, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Reichen.

Postkonto: Dresden 1530
Circulose Riesa Nr. 22.

Nr. 222.

Donnerstag, 23. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abgangszeit gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Ausgegeben für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibfläche (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige; abwärts ab und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Rohnform gerät. Jahrgangs- und Erschließungsart: Riesa, achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle bürgerlicher Unruhen oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 23. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Gegen die Abrüstungsstille.

Neben dem Versailler Vertrag bildet die Abrüstung die wichtigste Grundlage, auf der der Genfer Völkerbund aufgebaut ist. Wenn sich die Ideen, die dem Versailler Vertrag entspringen, auch bis jetzt recht wirksam auf die politische Tätigkeit des Völkerbundes auswirken konnten, hat die Frage der Abrüstung jedoch in der bisherigen Arbeitstätigkeit des Völkerbundes eine Rolle gespielt, die nicht allzu bedeutend ist. Der ganze Komplex der Probleme wurde, wie üblich, einem Unterausschuß zur Beantwortung überlassen, der wiederum einen anderen militärischen Unterausschuß beauftragte, über bestimmte Einzelheiten Klarheit zu schaffen. Dieser militärische Unterausschuß des Völkerbundes hat sich nun auch wirklich Mühe gegeben, den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die Welt hat öfters Gelegenheit gehabt, sich über die Methoden und Untergründe, die die Vertreter dieses militärischen Unterausschusses befolgten, zu unterrichten. Daß diese Welt schließlich zu der Überzeugung kommen mußte, daß die Tätigkeit dieses militärischen Ausschusses mehr verhängnisvoll als fördernd für die Lösung der Abrüstungsfrage sich gestaltet hat, liegt schließlich nicht an ihr.

Im Verlauf der Sitzungen des Völkerbundesplenums sind bereits wiederholt ähnliche Feststellungen recht unmissverständlich zum Ausdruck gebracht worden. Der freizeilige Bindung, der durch die bekannte Friedensrede Briand in die Abrüstungsfrage hineinwirkte, wird schließlich auch damit beigetragen haben, daß nun endlich einmal ein Mitglied der Abrüstungskommission sehr energisch auf den Tisch schlug. Wohl ist der Antrag, den der amerikanische Delegierte Wilson stellte, in der letzten Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission in recht hübscher und diplomatischer Sprache gefaßt, aber in seinem Inhalt mußte er unerbittlich revolutionierend wirken. Denn er besagte im Grunde genommen nichts anderes, als daß die bisherige Arbeit des Militärkomitees ein Standaal gewesen sei, und daß die Methode dieser Arbeit von Grund aus geändert werden müßte. Insbesondere stellte er die strikte Forderung, daß alle diejenigen Fragen, die von dem Militärkomitee noch nicht behandelt worden seien, vor einem rein technischen Gesichtspunkt aus ohne jede Beeinträchtigung durch politische oder wirtschaftliche Erwägungen beantwortet werden müßten, daß ferner die ganze bisherige Arbeit dieses Komitees in dem gleichen Sinne revidiert werden müßte. Es ist selbstverständlich, daß der Amerikaner mit diesen Forderungen in ein Weisepennet schlug. Denn man hat zu bedenken, daß durch eine Erfüllung der Wünsche des Amerikaners die ganze Tätigkeit von 150 Sitzungen der Unterkommission in Stücke geschlagen worden müßte. Da ja, wie man sich zur Genüge davon überzeugen konnte, die ganze bisherige Behandlung der Abrüstungsfrage in Genf mehr von der politischen Gesichtspunkte geleitet wurde als von der technischen.

Unstreitig ist man in den Kreisen der Kommissionsmitglieder, die die Großmächte vertreten, nicht im geringsten geneigt, den Forderungen, wie sie der Amerikaner Wilson aufstellte, Folge zu geben. Diese Einstellung geht schon sehr deutlich aus der Erwiderung hervor, die der italienische Vertreter in der Kommission, der Senator und Brigadegeneral de Marinis, unmittelbar nach den Ausdrücken des Antragstellers hielt. Wenn er auch als Hauptgegenstand gegen die Wünsche des Amerikaners die Unmöglichkeit sehen wollte, die ganze monatelange Arbeit des Militärkomitees so radikal auf den Kopf zu stellen, so dürfte doch der Hauptgrund seiner Ablehnung die Abneigung sein, die Abrüstungsfrage ihres politischen Beigeschmacks zu entkleiden. Mit seiner Ansicht dürfte er wohl kaum allein stehen. Wenn auch anwesend Lord Robert Cecil als Vertreter Englands eine mehr vermittelnde Stellung diesem amerikanischen Antrag gegenüber einnimmt, so dürfte doch die scharf ablehnende Haltung des französischen Delegierten feststehen. Und Frankreichs Einfluß im Völkerbund ist bekannt. Es erhebt daher recht zweifelhaft, ob Wilson mit der kleinen Bombe, die er in das Abrüstungsdiplom hineinwarf, irgend etwas Neues oder auch nur Reformierendes erreichen wird. Immerhin dürfte der Vorstoß doch dazu beitragen, daß etwas mehr Leuchterlicht in die Ueberprüfung der Abrüstungsmöglichkeiten hineinkommt.

Die heutige Vollziehung der Völkerbundsversammlung.

Genf, (Frankfurt.) Die Völkerbundsversammlung hielt heute vormittag eine Vollziehung ab, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz besprochen wurde. Der französische Delegierte Paul Boncour legte eine Entschließung vor, welche fordert, daß die Abrüstungskonferenz am 1. Oktober in der nächsten Völkerbundsversammlung einberufen werde. Paul Boncour erinnerte an alle Bemerkungen des Völkerbundes, die Vorbedingungen für eine allgemeine Verminderung der Rüstungen zu schaffen. Diese Bemerkungen müßten unermüdlich fortgesetzt werden. Das Abkommen von Locarno habe den Weg dazu geebnet und ein neue bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Unterkommission bereits wertvolle Vorschläge geleistet, so daß die Einberufung der Konferenz für die nächste Völkerbundsversammlung möglich erscheine und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte.

Strefemanns Abschied von Genf.

Erklärung Strefemanns vor dem Vertreter des Bundes.

Genf, (Frankfurt.) Kurz vor seiner Abreise aus Genf teilte Reichsminister des Innern Dr. Strefemann dem Vertreter des Bundes seine Ansichten über die Genfer Tagung und seinen Dank an die Schweiz in folgenden Worten mit:

„Ich bin in die Heimat zurückgekehrt, möchte ich es nicht unterlassen, erneut meiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß es mir wieder einmal vergönnt gewesen ist, im schönen gastlichen Schweizerlande einige Wochen zu verbringen. Natur und Bevölkerung haben dazu beigetragen, der deutschen wie den übrigen an dieser Tagung mitarbeitenden Delegation einen erquicklichen Aufenthalt für die Aufregungen an diesen Tagen zu geben. Die herzliche Aufnahme, die wir bei der Schweizer Bevölkerung gefunden haben, besonders anerkennen wir heute ein Bedürfnis, und wenn ich mich über meine sonstigen Eindrücke von dieser ersten Tagung des Völkerbundes äußern soll, so ist es als deutscher Delegierter im Bund und Rat teilnehmend, so ist es vor allem der Ausdruck meiner Verehrung für die deutsche und europäische Gemeinschaft auch innerhalb des Völkerbundes selbst überall im Einklang mit derjenigen Land, die ich bezüglich der Schweizer Bevölkerung eben schickte.“

Die in der Volksozialistischen gewählten Reden sind uns eine Gewähr dafür, daß Deutschland im gleichen Geiste hier empfangen und aufgenommen worden ist, in dem die deutsche Delegation die Rolle ihrer Gastgeber und ihre Arbeit im Völkerbund aufgenommen hat. Im Namen der Volksozialistischen Richtung und gegenseitigen Vertrauen, Geduld wird es noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, bevor unter Verhältnis zu anderen Staaten, mit denen wir im Völkerbund zusammenarbeiten, die volle Lösung erhalten hat, die unsere Außenpolitik anstrebt. Gewiß wird es dazu einer immer erneuten Bemühung von allen Seiten, einer Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die Notwendigkeiten anderer Völker, die an sich nicht leicht ist. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, in der Form und in dem Geist, in dem er sich vollzieht, ist aber eine Grundlage geschaffen, auf der wir weiter bauen können und werden zum Wohle unseres Volkes und damit auch zum Wohle des europäischen Friedens und der Zusammenarbeit.“

Verabschiedung Dr. Strefemanns von den Pressevertretern in Genf.

Genf, 22. September. Reichsminister Dr. Strefemann empfing heute mittag die in Genf anwesenden Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse, um sich von ihnen zu verabschieden. Unter Darlegung der Eindrücke, die er in Genf empfangen habe, und von denen er schickte, daß sie durch die freundliche Aufnahme sowohl seitens der schweizerischen Bevölkerung und der Stadt Genf als auch seitens der übrigen Mitglieder des Völkerbundes in jeder Beziehung befriedigend gewesen seien, ging der Minister kurz auf die politischen Ereignisse der Völkerbundsversammlung ein und sprach die Erwartung aus, daß für die Politik, auf deren Einlenken hier weitere Fortschritte gemacht worden seien, sich in Deutschland eine große Weisheit im Volke finden werde. Er erwiderte in den hiesigen Ereignissen die Gewähr für eine Entwicklung im Sinne weiteren Fortschrittes in gleicher Richtung.

Der Minister benutzte die Gelegenheit, um auf die heute hier und in ausländischen Blättern in Umlauf gesetzten Gerüchte einzugehen, in denen eine Entsetzung der Anwartschaft, die er gestern abend vor der Deutschen Kolonie in Genf gehalten, Anlaß zu den phantastischen Kombinationen über die Ziele der deutschen Politik und die hier geflogenen Verhandlungen gegeben habe. Er stellte die verschiedenen unläufigen Versionen in dem bereits gemachten Sinn richtig.

Dr. Strefemann schloß mit der Mitteilung, daß er selbst beabsichtige, bei den zukünftigen Tagungen Deutschlands in Genf zu vertreten, um die persönlichen Beziehungen zu vertiefen und zu verstärken, die er mit den in der Völkerbundsarbeit erfahrenen Vertretern anderer Nationen gepflogen habe. Deshalb begrüße er die anwesenden Pressevertreter, für deren intensive Mitarbeit an der Schaffung einer dem Friedenswert günstigen Weltmeinung er danke, mit einem deutschen „Auf Wiedersehen.“

Abreise der deutschen Delegation.

Genf, Reichsminister Dr. Strefemann, Staatssekretär Dr. Weidmann und Ministerialdirektor Dr. Kapp führen gestern nachmittag um 8 Uhr mit dem schiffplanmäßigen Zug nach Berlin zurück. Die übrigen Mitglieder der Delegation bleiben bis zum Schluß der Völkerbundsversammlung in Genf. Staatssekretär v. Schubert wird bis zum Schluß dieser Tagung Deutschland im Völkerbundsrat vertreten.

Strefemann beim Reichspräsidenten.

Berlin, (Frankfurt.) Die verheiratete, nach Strefemann noch heute abend dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Dem Empfang wird wohl auch der Reichspräsident selbstwohnen.

Dr. Strefemann an das Rheinland.

* 201 n. Die Rheinische Zeitung veröffentlicht eine Erklärung des Reichsaußenministers Dr. Strefemann, die dieser ihrem Vertreter mit der Adresse an das Rheinland kurz vor seiner Abreise aus Genf abgab. Dr. Strefemann sagte:

„In dem Augenblick, in dem ich Genf verlasse, ist es mir ein Bedürfnis, der Bevölkerung des Rheinlandes, unter der ich ja in wenigen Tagen auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei weilen werde, einige Worte treuen Gedankens zu sagen. Wir haben hier an der Spitze des Völkerbundes Fragen von geschichtlicher Bedeutung erörtert und haben in einer so kurzen Zeitspanne wichtige politische Verhandlungen geführt. Aber inmitten aller Arbeit, die wir hier geleistet haben, waren unsere Blicke unaufhörlich auf das Rheinland gerichtet. Des Rheinlandes gedachten wir in der Stunde, als wir von 48 Nationen begrüßt in den Saal des Völkerbundes eintraten. Dem Rheinlande gehörte all unser Gedanken in den Besprechungen von Thoiry, auf deren große Bedeutung für die Zukunft des Rheinlandes ich nicht mehr einzugehen brauche. Ich glaube, die Rheinische Bevölkerung, die in schwerlichen Stunden loyale Treue und feste Hinneigung an das große Vaterland bewiesen hat, wird am Ausklang dieser bedeutungsvollen Genfer Tagung das große Gefühl haben, daß ihre Treue und Hingebung unvergessen blieb und daß sie die sichere Grundlage war, auf der allein an dem Werke der deutschen Freiheit gearbeitet werden konnte.“

Debatte über die Grundzüge von Locarno.

Genf, 22. September. In der heutigen Sitzung des 1. Versammlungsausschusses wurde über eine Resolution des 2. Versammlungsausschusses beraten, in der die Grundzüge der Verträge von Locarno als geeignete Grundlage für die Außenpolitik aller zivilisierten Nationen bezeichnet wurden. Der Vertreter Finnlands nahm die Resolution zum Anlaß, um in einer längeren Erklärung zum Ausdruck zu bringen, daß er sich nicht der Auslegung des Art. 16 der Völkerbundsstatute anschließen könne, die zwischen den Signatarmächten von Locarno vereinbart und in der bekannten Anlage 1 zu den Locarnoverträgen niedergelegt worden sei.

Sobald nach der Erklärung des finnischen Delegierten nahm der deutsche Vertreter Ministerialdirektor Dr. Gaus im Namen der deutschen Delegation das Wort zu einer formellen Erklärung. Er betonte, daß er nicht auf die Erörterungen eingehen könne, die früher im Schluß des Völkerbundes über die Auslegung des Art. 16 festgefunden hätten. Er könne sich im Namen der deutschen Delegation lediglich an den Wortlaut der Rolle halten, die von den übrigen Signatarmächten von Locarno an Deutschland gerichtet und die in einer Sitzung des Völkerbundsrates in den Archiven des Völkerbundes niedergelegt worden sei.

In der sich hieran anschließenden Diskussion, in der bisher lediglich der Vertreter Lettlands die finnische Erklärung unterstützte, kam alsdann zum Ausdruck, daß die in dieser Erklärung aufgeworfene Frage mit der zur Beratung stehenden Resolution des 2. Versammlungsausschusses nichts zu tun habe. Im übrigen haben bei diesem Anlaß Vertreter der anderen Signatarmächte von Locarno, insbesondere Senator Scialoja und Fromaget bei ihren Reden unabweisend festgestellt, daß sie den Standpunkt des finnischen Delegierten nicht teilen und zu den Erklärungen stehen, die von ihren Regierungen in der Locarnonote Deutschland gegeben worden sind.

Die Diskussion wurde nachmittags fortgesetzt.

Pariser Stimmen zur Besprechung von Thoiry.

Paris, 22. September. In einem Kommentar zu dem geistigen Ministerat schreibt Temps u. a.: In der Politik der deutsch-französischen Annäherung ist ein entscheidender Punkt erreicht. Das Komminiqué über den geistigen Ministerat erklärt, daß die Regierung hinsichtlich der Wichtigkeit der Besprechungen Briand mit Dr. Strefemann und der Notwendigkeit, sie fortzusetzen, einer Ansicht sei. Diese Einmütigkeit ist wertvoll, nicht nur vom Standpunkt der inneren Politik und der Konsolidierung des Ministeriums der republikanischen Einheit, das nicht nur die große Aufgabe der Sanierung der französischen Finanzen übernommen hat, sondern in gleicher Weise auch vom Standpunkt der Entwicklung der in Genf und Thoiry eingeleiteten Politik, die, wie bereits vom ersten Tage an betont, nur dann beachtenswerte Ergebnisse haben kann, wenn sie außerhalb aller Mißverständnisse und jeder Zweideutigkeit wirklich in dem Sinne eines realen Ausgleiches der Interessen beider Länder sich auswirkt.

Im Journal des Débats heißt es: Eine Politik wie die in Thoiry begonnene, kann nicht auf offener Straße betrieben werden. Wenn aber die Regierung will, daß die Öffentlichkeit Verständnis zeigt, so wird sie gut daran tun, eine Gelegenheit zu ergreifen, sich zu äußern, und zwar über die Frage des Zukunftsvertrages der deutsch-französischen Verhandlungen und über die weitere Frage: was fordert man von Frankreich, und was verlangt Frankreich?